

„Unser Land hat eine gute Zukunft, wenn eine moderne Energie- und Industriepolitik dazu beiträgt, dass vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.“

Dieser Aussage der neuen NRW-Regierungsparteien CDU und F.D.P. in ihrer Koalitionsvereinbarung ist gewiss zuzustimmen. Wie passt dazu die öffentlich verbreitete politische Absicht eines „sozialverträglichen Ausstiegs“ aus der heimischen Steinkohle? So hat der F.D.P.-Landeschef und künftige Vize-Ministerpräsident Pinkwart – fast triumphierend – öffentlich den Auslaufbergbau verkündet, der nun mit der NRW-Koalitionsvereinbarung von Schwarz-Gelb beschlossen worden sei. Das ist allerdings nach dem Wortlaut des Textes nicht der Fall. Der unsinnige Sofortausstieg aus dem FDP-Wahlprogramm ist vom Tisch. Dem Konzept einer Anpassung auf einen Sockelbergbau steht die Forderung nach einem Ausstieg in fernen Legislaturperioden gegenüber. Beides soll sozialverträglich erfolgen. Eine Entscheidung darüber kann ohne den Bund nicht getroffen werden. Und eine Entscheidung für den Ausstieg aus der deutschen Steinkohle – dem neben der Braunkohle einzigen heimischen Energieträger – wäre ein schwerer Fehler: energiepolitisch, industriepolitisch, rohstoffpolitisch, arbeitsmarktpolitisch und strukturellpolitisch. Er brächte Schaden für das Land NRW und für Deutschland.

Der Sofortausstieg ist vom Tisch – jetzt geht es um die langfristige Sicherung eines heimischen Steinkohlensockels!

Faktisch ist von den Koalitionären angekündigt worden, nach einer erwarteten Neubildung der Bundesregierung mit allen Beteiligten über Rahmenbedingungen für einen sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus zu verhandeln und dann zu entscheiden.

Ferner ist bekräftigt worden, dass die rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide für den Steinkohlenbergbau, die bis einschließlich 2008 gelten, unbedingt einzuhalten sind. Etwas anderes wäre in einem Rechtsstaat auch nicht denkbar.

Zugleich strebe die neue NRW-Landesregierung für die Legislaturperiode ein kumuliertes Einsparvolumen von 750 Mio. Euro für das Land an. Wie beides zu vereinbaren wäre und welche Auswirkungen es für den Steinkohlenbergbau hat, ist offen geblieben. Vielleicht glaubten die Koalitionäre auch der Aussage von „Experten“, die behauptet haben, der Steinkohlenbergbau brauche die zugesagten Beträge nicht und müsse vermutlich „eine Milliarde“ zurückzahlen. Das bleibt aber Spekulation.

Die Aufrechterhaltung des deutschen Steinkohlenbergbaus steht unter dem Primat der Politik, den der Bergbau

selbstverständlich anerkennt. Aber der Bergbau vertraut auch dem Verantwortungsbewusstsein der Politik. Hinzu kommt die Finanzierung von Stilllegungsaufwand und der Altlasten. Der Plan des Börsengangs der RAG, den die Koalitionspartner unterstützen, ist industriepolitisch wichtig, aber auch vom energiepolitischen Auftrag des Steinkohlenbergbaus zu trennen. Dieser bleibt unabhängig davon bestehen.

Der Wille zum Ausstieg aus der deutschen Steinkohle wird unter anderem

damit begründet, Haushaltsprobleme lösen zu müssen und sich von „Vergangenheitslasten“ zu befreien, um Mittel für „Zukunftsinvestitionen“ freizusetzen. Die Steinkohle-Beihilfen sind seit 1997 bereits halbiert

worden, ohne dass es eine spürbare Erleichterung der Haushaltsprobleme im Bund und in NRW gegeben hat. Das ist angesichts der Größenordnungen und Zusammenhänge auch nicht weiter verwunderlich: So sind für 2006 an Absatz- und Stilllegungshilfen noch maximal 1,94 Mrd. Euro beim Bund und 560 Mio. Euro von NRW vorgesehen – das sind jeweils rund ein Prozent des gesamten Haushaltsvolumens vom Bund und Land NRW. Gemessen an sämtlichen Subventionen in Deutschland ist das ein

„Die Steinkohlesubventionen müssen nach dem Jahr 2000 deutlich sinken. Sie werden aber nie gegen null gehen. Denn das würde ja bedeuten, dass wir aus dieser Technologie aussteigen. Das wäre genauso unsinnig wie bei der Kernenergie.“

Dr. Angela Merkel in einem NRZ-Interview vom 3.6.1995

Anteil von weniger als zwei Prozent. Zudem ist eine weitere degressiv verlaufende Absenkung bis 2012 auf dann insgesamt noch 1,83 Mrd. Euro vorgesehen. Was die deutsche Volkswirtschaft aber durch einen Ausstieg aus der deutschen Steinkohle verliert und welchen Risiken sie dann ausgesetzt wird, sagen oder sehen die Ausstiegs-Befürworter nicht. Es wird auch erst deutlich, wenn man die deutsche Steinkohlenförderung in ihrem gesamtwirtschaftlichen und industriepolitischen Zusammenhang sieht.

So steht die deutsche Steinkohle am Anfang einer weit reichenden und Werte schaffenden industriellen Wertschöpfungskette, von der letztlich hunderttausende Arbeitsplätze in ganz Deutschland abhängen: Von der direkten Förderung der Steinkohle und ihrer gesamten, weltweit gefragten High-Tech-Technologie über die ständig sichere Stromversorgung und die Stahlerzeugung bis zum Maschinen- und Anlagenbau und zahlreichen Investitions- und Konsumgütern: Steinkohle – und anteilig die sichere Versorgung aus heimischen Ressourcen – ist für den Industriestandort Deutschland wie NRW unverzichtbar. Deshalb lohnt es sich, sich dafür einzusetzen.

Bei den angekündigten Verhandlungen werden eine Reihe von Fragen zu beantworten sein:

- Wie verträgt sich die Mittelkürzung mit der bisher von der CDU in NRW und im Bund erklärten Zielsetzung, die Steinkohlenförderung zunächst bis 2010 auf 13 Mio. Tonnen zurückzuführen und erst frühestens 2006/2007 im Licht des dann vorliegenden Monitoring-Berichts der EU-Kommission

über das EU-Beihilferegime über die Grundsatzfragen der Steinkohlezukunft in Deutschland zu entscheiden?

- Wie passt ein Steinkohle-Ausstieg in Deutschland zur Politik der EU-Kommission, die seit geraumer Zeit stets die wachsende Rohstoff-Importabhängigkeit der EU und die Bedeutung des Erhalts der heimischen Energie-Ressourcen betont und deshalb ausdrücklich Beihilfen zum Erhalt des Zugangs zu den Lagerstätten erlaubt?
- Da die gültigen Zuwendungsbescheide bis 2008 erfüllt werden – wie sollen dann die Jahre 2009 und 2010 gestaltet werden – oder soll der Bund seinen Anteil erhöhen?
- Wie wird die zugesagte Sozialverträglichkeit, also die Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen im Bergbau erreicht? Welche politischen Instrumente stehen dafür zur Verfügung? Und wie will man im entsprechenden Zeitraum genügend Ersatz- und neue Arbeitsplätze für die betroffenen Beschäftigten und Regionen schaffen? Es geht allein in NRW um rund 80000 Arbeitsplätze im Bergbau und den bergbaunahen Bereichen.
- Wer übernimmt die Rolle des Bergbaus als Ausbilder? Die DSK bildet derzeit 3000 junge Menschen aus.
- Wie soll bei einem Auslaufen der Steinkohlen-Beihilfen die Abwanderung bergbaunaher Kraftwerks- und Kokereikapazitäten sowie der Bergbauzuliefer-Industrie aus NRW vermieden werden; und wie soll das hoch innovative Know-how und die entsprechende Technologie im Land gesichert und

weiter entwickelt werden, wenn die Liefer- und Referenzbasis verschwindet?

- Wie soll die künftige Rohstoff-Versorgung Deutschlands gesichert werden, wenn der Zugriff auf die größte nationale Rohstoff-Reserve – die heimische Steinkohle – aufgegeben wird?
- Wie kann angesichts der Weltmarkt-Nachfrage- und Preisentwicklung für Rohstoffe die Stahlindustrie in Deutschland gehalten und wie können Brüche in den – derzeit noch – mit einer gesicherten Koks- und Koksversorgung verbundenen industriellen Wertschöpfungsketten verhindert werden? Es geht hier um hunderttausende Arbeitsplätze insbesondere in der Stahl-, Metall- und metallverarbeitenden Industrie!
- Wie kann man die Kaufkraft- und Auftragsverluste in NRW ausgleichen, wenn bei einem Total-Ausstieg aus den Kohlehilfen die bislang zum größten Teil nach NRW fließenden Steinkohlehilfen des Bundes wegfallen? Sie machen ein Mehrfaches des NRW-Anteils aus – nach bislang noch geltender Beschlusslage wären es 2006 rund 1,9 Mrd. Euro, 2010 rund 1,6 Mrd. Euro und 2012 immerhin noch rund 1,4 Mrd. Euro, die rein rechnerisch in die NRW-Standorte fließen und hier für Arbeit und Staatseinnahmen sorgen.